

Danziger Zeitung.

№ 17787.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterbärggasse Nr. 1, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Juli. (Privattelegramm.) Man berichtet der „Aöln. Ztg.“ aus Petersburg: Bei der seit einigen Wochen tagenden Commission zur Abänderung der Getreideliste, zu welcher die Minister Wischnegradski, Durnowo und Suebenet gehören, spielt die Verproviantirung der Festung Warschau im Kriegesfalle die Hauptrolle. Darum wohnt der Generalstabschef Obruksch am Vertreter des Kriegsministeriums den Beratungen bei. Den Linien Warschau-Sosnowice und Warschau-Alexandrowo werden günstigere Bedingungen bewilligt als der Linie Grajewo-Königsberg. Im Fall einer Kriegsausrichtung sollen alle auf jenen Linien befindlichen Züge beschlagnahmt und alle dafür abgeschlossenen Lieferungen zu den in den Verträgen festgesetzten Preisen aufgekauft werden. Die Abänderungen der Frachtsätze, durch welche man die Getreideausfuhr über Warschau lenken will, sollen Anfang September in Kraft treten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. Juli.

Verstärkte Strafbestimmungen gegen betrügerischen Bankerott.

Von einer ganzen Anzahl deutscher und besonders Berliner Blätter wird soeben eine Notiz der „Aöln. Ztg.“ übernommen, welche sich mit dem vermeintlichen Erfordernisse neuer, bezw. stärkerer gesetzgeberischer Maßnahmen zu dem Zwecke, das Publikum gegen betrügerische Bankiers zu schützen, beschäftigt. Es ist leider richtig, daß es im Laufe der Jahre wiederholt vorgekommen ist, daß gerade kleine Leute durch Bankiers, welche mehr Speculanten als Bankiers waren, um ihre schwer erworbenen Ersparnisse gebracht worden sind. Berlin hat allein, so schreibt uns unser Correspondent, für das letztverflossene halbe Jahr zwei solcher Fälle aufzuweisen. In beiden ist die betroffene bedauernde Kundschaft geradezu wie aus den Wolken gefallen gewesen; hatte doch niemand eine Ahnung von dem Umfang der Verpflichtungen, namentlich des einen in Betracht kommenden Bankiers gehabt. Aber was mit neuen Strafverschärfungen solchen Vorkommnissen gegenüber erreicht werden soll, ist nicht recht abzusehen. Das Aöln. Blatt weist bereits selber auf die Strafbestimmungen über betrügerischen und einfachen Bankerott hin (auf welche letzteren ja bereits Strafe bis zu 2 Jahren Gefängnis steht), aber mit dem gänzlich anachronistischen Zusatz, es scheine für die Gesetzgebung geboten, „der Frage näher zu treten“, ob nicht in dem bewußten Verhalten von Bankgeschäften ein die Strafbarkeit des Bankerotts erhöhender Umstand zu erblicken sei. Die Gesetzgebung ist dieser Frage längst näher getreten, wovon man sich in Aöln sehr leicht durch frühere Gerichtsverhandlungen, sowie a. a. auch durch einen soeben hier in Berlin erlassenen Steckbrief hätte überzeugen können. Derselbe nimmt ausdrücklich Bezug auf die §§ 246 und 266 sowie 74 des Reichsstrafgesetzbuchs. § 246 belegt Unterdrückung anvertrauter Sachen mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, der Untreue-Paragraph 266 ferner bedroht ebenfalls mit Gefängnis Bevollmächtigte, welche über Vermögensstücke des Auftraggebers zum Nachtheile desselben verfügen. § 74 endlich läßt beim Zusammenstreffen verschiedener selbstständiger Verbrechen dieser Art eine Gesamtsstrafe bis zu 10 Jahren Gefängnis zu, falls nicht gar wegen „betrügerischen Bankerotts“ gemäß § 209 der Concursordnung auf Zuchthaus erkannt werden kann. Man sollte meinen, das genügt, und einer Aenderungen des Strafgesetzbuchs zum Zwecke einer Verschärfung bedarf es nicht. Etwas anderes ist es mit dem von Aöln aus geäußerten Wunsch, daß in allen schweren Fällen dieser Art — und als schwer soll eben stets die Vergeudung der Spargelder unbemittelter Personen angesehen werden — von den Gerichten vollste Strenge angewendet und von jeder Milderung der ordentlichen Strafe Abstand genommen werde. Damit kann man einverstanden sein, freilich mit dem Bewußtsein, daß auch damit sich Untreue und Unterschlagung nicht verhüten lassen werden. Das Publikum kann sich dagegen selber am besten schützen durch sorgfältige Auswahl, durch selbständige Aufbewahrung der Werthpapiere oder wenigstens der Coupons und Talons. Aber dazu ist freilich unerlässliche Vorbedingung, daß das kleine Publikum sich nicht bei dem Bankier dadurch in Schulden stürzt, daß es Speculationshalber für 5000 Mk. Papiere kauft, wenn es nur 2000 oder 3000 bezahlen kann. Die seit Beginn der 70er Jahre grassirende Leidenschaft gerade auch kleiner Kapitalisten, am eigentlichen Börseintreiben auch ein wenig zu naschen, ist eine der Hauptursachen der Verluste, welche der kleine Kapitalist durch speculirende Bankiers selber zu erleiden gehabt hat. Wer in der gefährlichen Weise seinem Bankier auch nur geringfügige Beträge schuldig geworden ist, kann von dem Bankier selbstverständlich nicht verlangen, daß derselbe ihm seine Werthpapiere herausgebe. Auf jeden Fall wehrt sich das Publikum allein am besten, wenn es von der Sucht, mit den Geldern des Bankiers zu speculiren, abläßt. Dieser ist ja selber nur zu oft in der Lage, sich das Geld, dessen er für die kleinen Speculationen seiner nachlässigen Kundschaft bedarf, durch Weiterverpändung der Werthpapiere derselben zu beschaffen. Schlagen die kleinen Kapitalisten diese Mahnung in den Wind,

so nützen ihnen gegebenen Falles auch die schärfsten Strafbestimmungen nichts.

Die Verlängerung des Socialistengesetzes.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob es in der nächsten Reichstagsession schließlich zu einer Verlängerung des bisherigen Socialistengesetzes kommen wird. Auf etwas anderes werden wohl die vertraulichen Verhandlungen, welche gegenwärtig zwischen den Bundesregierungen eingeleitet sind, nicht hinauskommen.

Auch die „Nat.-lib. Corresp.“ beschäftigt sich mit dieser Frage. Obwohl von derselben Seite früher auf die Unthunlichkeit der unveränderten Fortdauer des Socialistengesetzes hingewiesen worden ist, scheint man sich jetzt allmählich in dem Gedanken der Verlängerung doch zurechtzufinden. Wenn die „Nat.-lib. Corresp.“ dabei wieder Veranlassung nimmt, einige gehässige Bemerkungen gegen die freisinnige Partei zu machen und von ihr sogar zu behaupten, daß die „muthigen und charaktervollen Männer“ derselben, wenn das Socialistengesetz in Gefahr sei, doch dafür stimmen würden, so kann man das ruhig ihrem Geschmach überlassen. Nach unserer Meinung werden freisinnige Männer schon deshalb nicht für Verlängerung des Socialistengesetzes stimmen, weil sie sich davon überzeugt haben — und nicht bloß die Freisinnigen allein —, daß das Gesetz wirksam gewesen ist nicht zur Abwehr der socialdemokratischen Bestrebungen, sondern zur Vermehrung der Anhänger der Socialdemokratie. Daß man in dieser Frage zu verschiedenen Zeiten verschiedene denken kann, hat die nationalliberale Partei und vor allem ihr Führer der Abg. v. Bennigsen bewiesen. Im Jahre 1878 stimmte bekanntlich die weit überwiegende Mehrheit der nationalliberalen Partei gegen das Socialistengesetz, und der Abg. v. Bennigsen hat diese negative Abstimmung in einer vortheilhaften Rede begründet, deren Hauptgründe noch heute vorzügliches Material gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes abgeben, während er und die nationalliberale Partei später für das Gesetz stimmte.

Wenn die „Nationallib. Corresp.“ sich der Erwartung hingibt, daß auch die Centrumpartei bei den bevorstehenden Verhandlungen „sich nicht rein ablehnend verhalten, sondern an einer positiven Verständigung ernstlich mitarbeiten“ werde, so befindet sie sich nach der Antwort der „Germania“ in einem Irrthum. Diese weist darauf hin, daß die Zustimmung im Centrum rasch abgenommen haben und daß der Abg. Peter Reichensperger, der selbst zweimal für das Gesetz gestimmt hatte, das verneinende Votum in durchschlagender Weise begründet habe. Die „Germania“ schließt ihre Ausführungen mit folgenden Worten:

„Daß für das Gesetz selbst vom Centrum noch etwas zu hoffen sei, glauben doch wohl die Nationalliberalen ihrerseits nicht!“

Immerhin hat die „Nationallib. Corresp.“ darin recht, daß sich eine Mehrheit für die Verlängerung des unveränderten Gesetzes durch die Nationalliberalen und Conservativen finden würde. Freilich würde dieses Votum in Widerspruch stehen mit all den Ausführungen, welche in letzter Zeit von der nationalliberalen Presse und früher schon u. a. auch von dem Abg. Gneist gemacht worden sind.

Die Ersatzwahl in Halberstadt

hat das Resultat gehabt, daß der conservative Candidat John und der nationalliberale Candidat Stadtrath Weber-Berlin in die Stichwahl kommen. Selbstverständlich werden die Freisinnigen und hoffentlich auch wenigstens ein Theil der Socialdemokraten für den nationalliberalen Candidaten eintreten. Bemerkenswerth ist, daß auch bei dieser Wahl die Stimmen der Nationalliberalen und Conservativen zusammengekommen gegen die letzte Wahl ungefähr um 50 Proc. zurückgegangen sind. Die Socialdemokraten werden wahrscheinlich zugenommen haben; jedenfalls haben sie wenigstens ihre frühere Stimmenzahl behauptet. Die Freisinnigen, welche dort früher fast gar keine Stimmen hatten, werden es diesmal nahezu auf 1800 gebracht haben — für den Anfang, ohne Organisation und ohne daß der Candidat erschien, immerhin genug.

Zur Frage eines Reichsposttarifamtes.

Zu den Angelegenheiten, welche vom Bundesrath vor Eintritt seiner Arbeitsferien nicht mehr erledigt wurden, gehört nebst einigen anderen Resolutionen auch jener Beschluß des Reichstages, worin derselbe sich für Errichtung eines Reichsposttarifamtes aussprach und die verbündeten Regierungen ersuchte, dieselbe in Erwägung zu ziehen. Es dürften bislang die Aussichten jenes Reichstagsbeschlusses auf eine bundesrätliche Genehmigung als besonders günstig nicht bezeichnet werden. Die „Staaten-corresp.“ schreibt darüber: „Es kommen dabei verschiedene administrative und judiciale Competenzfragen ins Spiel, sowie Reservat- oder doch Separatrechte der Einzelstaaten. Die Gesetzgebung über das Zollwesen steht verfassungsrechtlich dem Reiche zu, aber die Erhebung und Verwaltung der Zölle ist den Bundesstaaten in der bisher üblichen Weise überlassen. Daß hierdurch eine Verjährbarkeit in der Behandlung der einschlägigen Zollangelegenheiten entstehen kann, wird nicht wohl zu leugnen sein; dieser Umstand jedoch würde eine Aenderung des einmal bestehenden Rechts der einzelnen Bundesstaaten kaum für sich allein zu begründen vermögen. Aber eine andere Frage ist es, ob die divergirende Behandlung von Zollangelegenheiten und der damit verbundenen Dispositionen und Grenzcontrollen nicht aus politischen Rücksichten

den Mangel einer das Verfahren gleichmäßig vorschreibenden Centralinstanz fühlbar hervortreten läßt und zu weiterer Prüfung der vorliegenden Frage von dem erwähnten Gesichtspunkte aus gelegentlich Veranlassung bieten dürfte.“

Schon wieder die Freisinnigen!

Wußten wir es doch, daß es so kommen würde! Die „Arenztg.“ hat glücklich herausgefunden, daß die freisinnigen Zeitungen „einen Wackzettel“ enthalten über die angeblich erhärtete Stellung des Herrn v. Manbach. Derselbe soll namentlich darauf sich gründen, daß die „Aöln. Ztg.“ den Minister angreift. Thatsache ist, daß es vorzugsweise die freisinnigen Blätter gewesen sind, welche von vorn herein den Angriffen der rheinischen Industriellen und der Agrarier gegen Herrn v. Manbach kein Gewicht beigelegt haben. Wir könnten eine Reihe solcher freisinnigen Zeitungen namhaft machen. Aber bekanntlich sind ja die Freisinnigen an allem Uebel schuld, und daher muß man auch in diesem Fall auf sie los schlagen. Von Interesse sind übrigens in dem Artikel der „Arenztg.“ folgende Bemerkungen:

„Wir (die „Arenztg.“) möchten auf die Thatsache hinweisen, daß in der „Aöln. Ztg.“, wie in dem Blatte des Hrn. Schweinburg die Zweifelsentheorie in geschickter Weise auf die Praxis übertragen ist. Beide Blätter verstehen es, zwei Herren zu dienen: der Staatsregierung und dem Geldsack. Das Blatt des Herrn Schweinburg ist officiöses Organ und gleichzeitig Organ des „Centralverbandes deutscher Industrieller“, einer ausgesprochenen Interessengemeinschaft, deren Ziele sich lediglich in der Zollfrage mit denen der Regierung decken. Und ebenso ist die „Aöln. Ztg.“ officiöses Organ und gleichzeitig, wenn auch nicht in ausgesprochener Weise, Organ eben derselben rheinisch-westfälischen Großindustriellen, die sich in dem erwähnten „Centralverbande“ so einheitlich organisirt haben. Diese Verbindung darfst aus jener Zeit, als die damals freihändlerische „Aöln. Ztg.“ sich durch den Plan eines mit großen Mitteln anzulegenden journalistischen Concurrenz-Unternehmens bedroht sah und in Folge dessen in der Zollfrage „einlenkte“. Aus diesem zwiespältigen „Dienstbarsein“ resultirt für den Leser jener Blätter der angenehme Zustand, daß er nie recht weiß, ob die Regierung spricht oder die Großindustrie; das gegenwärtige Grollen der „Aöln. Ztg.“ gegen Herrn v. Manbach ist jedoch lediglich das Murren der letzteren. Die Herren in Aöln und Umgebung, die in dem bekannten „Aöln. Ringel“ ein so beschauliches Millionärs-Dasein führen, sind mit ihren jährlichen Einkünften von einigen hunderttausend Mark nicht zufrieden und möchten deshalb gern einen der Thron, „einen Mann der Praxis“, wie es euphemistisch heißt, auf die Sella curulis des Eisenbahnministers setzen. Die „Zollfrage“ wäre dann sehr rasch „glücklich“ gelöst u. s. w.“

Auch eine schöne Illustration unserer Prejudizien, welche die „Arenztg.“ hier giebt.

Der Zollcartell zwischen der Schweiz und Italien ist nach einer Meldung der „Staaten-Corresp.“ aus Bern an der Forderung Italiens gescheitert, die Streifzüge italienischer Grenzwachter zur Verhinderung des Schmuggels auf schweizerisches Gebiet ausdehnen zu dürfen. Wiewohl man sich schweizerischerseits sehr entgegenkommend zeigte und sich bereit erklärte, durch ein System gegenseitiger Warnungen und starker Ueberwachung der Grenze dem stark überhandnehmenden Schmuggel entgegenzuwirken, so konnte man eine Action der italienischen Grenzwehr auf dem Gebiete der Eidgenossenschaft, als gegen die staatliche Souveränität verstoßend, doch unmöglich geben, und zwar um so weniger, als das Verbrechen, wegen dessen diese Verfolgungen und Verhaftungen eingeleitet werden sollten, wohl in Italien, aber nicht in der Schweiz ein solches Einschießen nach sich zieht.

Die Anklageschrift gegen Boulanger und Genossen.

Dillon und Rochefort, die Montag Abend in der Wohnung der drei Genannten abgegeben worden und wird in den geistigen Zeitungen veröffentlicht. Aus dem acht Zeilungs-spalten langen Aktenstück geht der „Post. Ztg.“ folgender Auszug zu:

Boulanger wird beschuldigt, seit 1882 seinem Ehrgeiz die Zügel schießen gelassen zu haben. Seit 1884 habe er abgegriffene Leute als Geheimagenten unterhalten und Zeitungen beeinflusst. In seiner tuncischen Befehlshaberzeit habe er sich mit einem seiner Geheimagenten in ein Trinkgeld von 210 000 Frs. getheilt, wofür er ein Raffeepräparat zur Annahme fürs Heer empfohlen habe. Als Kriegsminister habe er zur Unterstützung von Zeitungen 242 693 Frs. verwendet, die er den Geheimagenten entnommen habe. Aus denselben Mitteln habe er 60 000 Frs. alter Schulden bezahlt, eine Wohnung für 12 000 Frs. neu einrichten lassen, dem von ihm gegründeten Officiercasino 140 000 Frs. zugewendet, um Einfluß auf das Officiercorps zu erlangen u. s. w. Die Strafen-urtheile im Juni 1887, die Earmarkirungen im Cyoner Bahnhofe und am 1887er Nationalfeste werden Boulanger zur Last gelegt. Ebenso soll er in der bekannten geschichtlichen Nacht (2. December 1887) den Marsch auf Einsée geplant haben. Die Anklageschrift fragt, woher Boulanger sein Geld nehme, findet aber keine Antwort; sie stellt bloß fest, daß Boulanger 1888 1275 eingeschriebene Briefe bekommen habe, darunter 118 aus dem Auslande, auch einen aus Deutschland. Schließlich soll er Soldaten zum Abfall vom Gehorsam verleitet haben, was dadurch bewiesen wird, daß eines Tages ein unbekannter zwei Infanteristen in ein Wirthshaus

geführt und ihnen beim Wein das Versprechen abgenommen habe, gegebenen Falls nicht auf die Boulangeristen zu schießen. Aus all' diesen Gründen ist Boulanger mit Genossen der Verschwörung und des Anschlags mit einem Beginne zur Ausführung beschuldigt.

Nach zweimaliger Zustellung in einem Abstände von je 10 Tagen kann die Verhandlung gegen die Abwesenden stattfinden und etwa am 9. August das Urtheil gefällt werden. Nach einem Telegramm der „Arenztg.“ hat das Senatsgericht die Sequestration des Vermögens von Boulanger, Dillon und Rochefort beschlossen, da dieselben als flüchtig betrachtet werden.

Boulanger hat in London einem Berichterstatter des „Figaro“ erklärt, die Beschuldigungen in der Anklageacte seien lächerlich und würden ihm nicht schaden. „Gil Blas“ meldet, Boulanger habe beschlossen, persönlich vor dem Senatsgericht zu erscheinen.

Die „Times“ fällt über Boulanger und seine politischen Aussichten, veranlaßt durch seine Condoner Rede am 14. d., folgendes Urtheil: „Die Aussichten General Boulangers hängen nicht von dessen großen Eigenschaften ab, welche wir, offen gesagt, niemals haben einsehen können, und ebenso wenig von seiner Politik, die er noch niemals definitiv hat, sondern von dem Mißtrauen, welches seine Gegner erregt haben, und der Erniedrigung, in welche das parlamentarische Regiment in Frankreich seit dem Siege des Radicalismus gesunken ist. Seine negativen Ansprüche mögen von einer Mehrheit der Wähler als das einzige Mittel erkannt werden, ein System zu stürzen, welches sie hassen. Ist dieses der Fall, so werden die technischen Schwierigkeiten des von der Kammer mit so ungeheurer Eile am letzten Samstag genehmigten Gesetzes dem General Boulanger kein großes Hinderniß bereiten, zur Macht zu gelangen. Seine Anhänger würden freilich dann nicht lange einig bleiben, während sie gegenwärtig ihre Differenzen in dem Selbstzug gegen das parlamentarische Republikanertum vergraben. Das republikanische Glaubensbekenntniß des General Boulanger scheint unbeugsam zu sein. Dennoch ist es einleuchtend, daß die Monarchisten ihm beistehen werden, hauptsächlich aus dem Grunde, weshalb so viele französische Conservative das zweite Kaiserreich unterstützen: weil er die Interessen der Kirche sichert.“

Die Türkei und Areta.

In einer Rede, die der englische Premierminister Marquis v. Salisbury Dienstag bei einer conservativen Versammlung in London gehalten hat, erwähnte er auch Areta, wo das Verlangen nach einer vollständigen Trennung von der Türkei immer mehr wachse. Voraussetzlich werde Areta doch schließlich von der Türkei getrennt werden.

Nachrichten auch Areta, die bis zum 12. d. reichen, sprechen davon, daß die unzufriedene Partei auf der Insel infolge der Weigerung der Pforte, die verlangten Reformen zu gewähren, entschlossen ist, zu extremen Maßregeln zu schreiten. In den westlichen Bezirken sind Volksversammlungen abgehalten, in denen beschlossen ist, der Bewegung beizutreten. Der allgemeine Zustand der Unbehaglichkeit verschlimmert sich.

Einem Wiener Telegramm der „Times“ zufolge dürfte die Verschiffung von Waffen und Geld von Griechenland nach Areta demnächst durch eine Blokade der vereinigten osmanischen Großbritanniens, Deutschlands und Oesterreichs verhindert werden.

Aus dem Sudan.

Reuters Bureau hat folgende Mittheilungen aus Cairo vom 16. d. erhalten:

General Grenfell traf gestern Morgen im Lager des Obersten Wobehouse ein. Die Truppen desselben haben eine zwei englische Meilen lange Stellung inne und halten das große Dorf Bellana besetzt. Major Donne befindet sich mit dem 10. Bataillon auf dem äußersten rechten Flügel. Die Artillerie unter Major Rundle und das 9. Bataillon unter Major Floyd bilden das Centrum, während Capitän Kempster mit dem 13. Bataillon auf dem linken Flügel ist. Die Reiterei unter Lieutenant Bech steht am Ufer des Flusses und beobachtet das drei Meilen südwestlich von Bellana aufgeschlagene Lager des Feindes. Die Stellung des letzteren bei Abor, welche gestern von General Grenfell recognoscirt wurde, ist sehr stark. Die Dervische haben 2500 Mann, abgesehen von den Weibern und Sklaven. Ueberläufer sagen, daß Wad-el-Njumi Verstärkungen von Sarras erwarten will, ehe er vorrückt. Seit letztem Sonnabend soll der Feind 150 Mann, die Gefangenen und Ueberläufer mit eingerechnet, verloren haben. Heute Morgen um 11 Uhr fuhr General Grenfell auf einem Kanonenboot weiter südlich von Bellana, um Recognoscirungen vorzunehmen.

Deutschland.

Berlin, 17. Juli. Die Kaiserin wird, wie man der „Arenztg.“ aus Aßlingen meldet, am nächsten Montag eine Jubiläumsgesellschaft der Stadt Aßlingen entgegennehmen, bestehend in einem Fackelzuge, dem ein großartiges Feuerwerk folgt.

* [Kaiser Friedrich-Denkmal.] Der Beginn der Sammlung für das Kaiser Friedrich-Denkmal in Berlin soll von dem Magistrat bis nach Vollendung des Begas-Brunnens verlagert sein.

* [Eine Anzahl Berliner Hausdiener] wollte ein Glückwunschtelegramm an den internationalen Arbeitercongreß nach Paris entsenden; unterschrieben war dasselbe „Die aufgelaufenen Hausdiener Berlins“. Die Telegraphenbehörde jedoch hat die Beförderung der Depesche abgelehnt.

* Auch die Berliner Hutmacher beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten und zu diesem Behufe zunächst eine engere Verbindung unter den Berufsgenossen herbeizuführen. Eine am Dienstag Abend tagende, von etwa 600 Fachgenossen besuchte Hutmacher-Versammlung wählte eine Commission zu bezüglichen Verhandlungen mit dem Vorstand des „Deutschen Hutmacherverbandes“. Binnen 14 Tagen soll eine zweite Versammlung einberufen werden.

* Der vierte Verbandstag der deutschen Lohnführer-Unternehmer findet in den Tagen des 11.—13. September d. J. in Braunschweig statt. (Das Organ des Verbandes „Der Fuhrhüter“, Berlin SO., enthält für Interessenten weitere Mittheilungen und wird denselben kostenfrei übermittelt.)

* [Die Berufsgenossenschaften] bei der Durchführung des Invalidenversorgungsgesetzes vielleicht als ausführendes Organ in der unteren Instanz heranzuziehen, hält die „Staats-Corr.“ nicht für unmöglich. Sie hofft, daß, falls ein solches Ansehen an die Berufsgenossenschaften gestellt werden sollte, sie wohl opferfähig genug sein werden, um demselben zu entsprechen.

* [Zu der Bekanntmachung des „Reichsanzeigers“ betreffend die Beschwerden der Bergleute] schreibt die „Nat.-Ztg.“: „Das Ergebnis der Untersuchungen der für die Beschwerden der Bergleute in Rheinland und Westfalen niedergesetzten Commissionen war, wie verlautet, bisher ein wesentlich negatives. Damit hängt wohl die Bekanntmachung des gestrigen „Reichsanzeigers“ zusammen, wonach jeder Bergmann, der eine Beschwerde bis jetzt eingegeben hat, auf Wunsch protokolllarisch vernommen werden soll.“

* [Die Colonialpolitik] werden in ihren weitgehenden Forderungen nicht müde. Der „Hann. Cour.“ nimmt die bereits früher erwähnte Forderung eines besonderen Colonialamtes mit einem selbständigen Chef wieder auf. Er will ferner eine noch stärkere Vermehrung der deutschen Flotte und mehr Reichspostdampferlinien (für jedes der neuen Schutzgebiete). Die Kostenfrage scheint dem „Hann. Cour.“ keine weiteren Schmerzen zu machen.

* [Eine Petition um Befreiung der Ausfuhrprämien für Spirit] ist von dem Vorstande „des Vereins der Spiritfabrikanten“ unter dem 28. Juni an den Reichskanzler gerichtet. In derselben wird ausgeführt, daß die in Oesterreich-Ungarn seit dem 1. September v. J. eingeführte Ausfuhrprämie von 5 Gulden für den hectoliter Spiritus der deutschen Spiritausfuhr nach Spanien, Italien und der Schweiz eine fast erdrückende Konkurrenz mache. Es ist außer Zweifel — heißt es in der Petition — „daß Deutschland nach wie vor bei dem verringerten Verbrauch im Inlande, sowohl im Interesse der Landwirthschaft, als in dem des Spiritgewerbes, auf die Spiritausfuhr angewiesen ist. Wir fürchten aber, daß, wenn die österreichische Ausfuhrprämie von 5 Fl. weiter in Kraft bleibt, die deutsche Spiritausfuhr unmöglich oder nur bei einem Preisstande zu erwarten sein wird, welcher selbst bei billigen Rohstoffpreisen die Spirituserzeugung fast verbietet. Wenn nicht auch deutschseits im Wege der Gesetzgebung die Gewährung einer ähnlichen Ausfuhrprämie in Aussicht genommen werden kann, erscheint uns die Aufhebung derselben bei den übrigen ausführenden Ländern als das einzige Mittel, die deutsche Spiritausfuhr zu heben und dem Sinken der Preise Einhalt zu thun.“ Die Bitte der Spiritfabrikanten geht nun dahin, „mit Oesterreich-Ungarn wegen Aufhebung der Ausfuhrprämien für Spirit in der Verhandlung treten, beziehentlich eine allgemeine Vereinbarung wegen Aufhebung der Ausfuhrprämien für Spiritus in ähnlicher Weise, wie dies bei Zucker beabsichtigt ist, in Erwägung ziehen zu wollen.“

* [Ueberweisungen.] Nach der nunmehr zum Abschluß gelangten Berechnung stellt sich der auf Preußen entfallende Gesamtbeitrag aus den Getreide- und Viehsteuern für das am 1. April abgeschlossene Etatsjahr 1888/89 auf rund 45 Mill. Mark. Nach der lex Suene verbleiben davon der Staatskasse 15 Millionen Mark, so daß also rund 30 Millionen Mark zur Vertheilung an die Communalverbände gelangen würden.

* [Ueber den Magdeburger Zuckerkrach] schreibt der bekannte parlamentarische Berichtserfasser der „Bresl. Ztg.“ aus Berlin: „Es ist mir nicht möglich, aus den bisherigen Nachrichten mir ein Bild davon zu machen, welche Einrichtungen in Magdeburg hinsichtlich des Termingeschäfts in Zucker bestehen, ob Schlußschneide dafür von der Kaufmannschaft selbst festgesetzt sind, ob autoritative Anordnungen hinsichtlich der Regulierung ergangen sind. Es ist auch nicht ersichtlich, daß die Behörden eben so schnell wie anderwärts in der letzten Zeit bei der Hand gewesen sind, um sich über die Organisation des Geschäfts Auskunft zu verschaffen. Die in der „Magdeb. Ztg.“ enthaltenen Nachrichten über den Ausfall der gestern abgehaltenen Versammlung lassen die Sache in einem Halbdunkel. Im ganzen erhält man den Eindruck, als handele es sich um eine Operation, die sehr schwer zu vertheiligen ist, zumal der Ausgang des Kupferinges noch vor wenigen Monaten ein warnendes Beispiel dafür gegeben hat, wohin es führt, wenn man versucht, den Preis eines Artikels künstlich in die Höhe zu treiben, der doch auf der ganzen Welt in großen Quantitäten hergestellt wird und daher den natürlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage nicht entzogen werden kann. Ich halte Zucker für einen solchen Artikel, bei welchem die Einführung des Termingeschäfts geradezu unerlässlich ist. Die Erträge der Ernten sind sehr wechselnder Natur; der Ertrag einer Jahresernte muß für ein Jahr lang ausreichen, und erst im Laufe der Campagne ergibt sich mit voller Klarheit, welche Quantitäten des wirklichen Consumtionsartikels aus dem Rohmaterial gewonnen werden. Wie alle diese Aufgaben gelöst werden sollen, wenn nicht eine Speculation besteht, ist mir unverständlich. Aber soll der Terminhandel nicht zum Unheil ausschlagen, so müssen genaue Bestimmungen darüber bestehen, welche Rechte und Pflichten die Contrahenten haben, und es müssen diese Pflichten für beide Theile gleich bemessen sein. Es müssen auch strenge Bestimmungen darüber bestehen, welche Folgen gegen denjenigen eintreten, der seine Pflichten nicht erfüllt hat. Nach allen diesen Seiten hin scheint in Magdeburg viel zu wünschen übrig zu bleiben. Und was über das erfolgte Arrangement verlautet, macht nicht den Eindruck, als seien die entstandenen Schwierigkeiten für die Dauer beseitigt.“

* [Neue Museumsbauten.] Wie man der „Elb. Ztg.“ schreibt, liegt es in der Absicht, in dem Kultusetat für das kommende Jahr 1890/91 die ersten Mittel zur Ausführung der längst als not-

wendig anerkannten und geplanten neuen Museumsbauten in Berlin bereit zu stellen. Schon vor fünf Jahren war eine allgemeine Preisencurrenz zur Bebauung der Museumsinsel ausgebrochen, mit welcher vor allem der Zweck verfolgt und erreicht wurde, das Programm für die erforderlichen Monumentalbauten klar zu stellen. Es herrscht kein Zweifel darüber, daß es für einen großen und werthvollen Theil der königlichen Kunstsammlungen gegenwärtig an zweckmäßiger und würdiger Unterkunft und Aufstellung fehlt. Von den drei Museumsgebäuden ist das älteste das alte Museum, 1824—28 von Schinkel, das jüngste die Nationalgalerie, nur für Gemälde der neueren Zeit bestimmt, 1867—76 nach den Entwürfen von Stüler erbaut worden. Die letzten Jahrzehnte haben die königlichen Sammlungen mit Werken der älteren Kunstgattung außerordentlich bereichert, und man braucht sich in dieser Beziehung nur der Antiken von den Ausgrabungen in Olympia und der großen pergamonischen Funde Hermanns zu erinnern, welche beide gegenwärtig nur höchst nothdürftig untergebracht sind. Wie die Kunst überhaupt, so hatte auch die Erweiterung der Museumsbauten, die schon in früheren Etats des Kultusministeriums, so für 1884/85 bei Erwerbung zweier großer Speicher, berührt worden ist, an dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm einen lebhaften Förderer. Es handelt sich um die Ausführung dreier neuen Museen für die Skulpturen vom Tempel von Pergamon, für die Antiken und den Gipsabgüsse und für Kunstwerke der Renaissancezeit. Der Kaiser hat vor einiger Zeit genehmigt, daß mit Ausarbeitung von Projecten Professor Fritz Wolff, dessen Entwurf bei der früheren Concurrenz einen ersten Preis davongetragen hatte, Baurath Schwedten und Hofarchitekt Hofbaurath Ihne für je eins der drei Museen beauftragt werden.

* Der „M. Ztg.“ zufolge finden gegenwärtig Verhandlungen über die Herstellung einer directen Dampferverbindung zwischen Deutschland und Marocco statt.

* Rottowitz, 16. Juli. [Grenz-Erschwernisse.] Wie der hiesigen Zeitung „von angeblich zuverlässiger Seite“ mitgetheilt wird, ist von dem General-Gouverneur in Warschau, General Gurko, an die Zollkammer in Sosnowice die Weisung gelangt, solche deutsche Reichsangehörige, welche die russisch-deutsche Grenze sehr häufig überschreiten, künftig nicht mehr in das russische Staatsgebiet einzulassen. Wie es heißt, sind schon an 140 Personen, auf welche die Maßregel angewendet werden soll, auf eine besondere Liste gesetzt worden.

* Frankfurt a./M., 16. Juli. Ein Frankfurter Architekt namens Sch., welcher zur Ausstellung nach Paris gereist war und dort viel schickte, wurde als Spion verhaftet, aber nachdem man aus seinen Aufzeichnungen keine Unschuld erkannt hatte, kurze Zeit darauf wieder entlassen. (Höchst wahrscheinlich — bemerkt die „Frf. Ztg.“ — ist das neueste Opfer der Spioniertheterei Architekt Schmalbach, der die Pariser Ausstellung besucht und für die „Aleine Presse“ Zeichnungen macht.)

* Aus Weiskalen, 16. Juli, berichtet die „A. Z.“: Dem bergmännischen Vereine „Glückauf“ wurde die Erlaubnis zur Abhaltung eines großen Bergmannsfestes, bestehend in Festzug, Concert und Ball, mit Rücksicht auf die jetzigen Arbeitsverhältnisse verweigert.

Frankreich.

Paris, 17. Juli. Man schreibt Carnot die Absicht zu, an das Land bei Beginn der Wahlbewegung einen Aufruf zu erlassen und ihm die Lage, sowie die Folgen leichtfertiger Wahlen darzustellen. — Derouloide ist nicht verhaftet, sondern gestern Abend nach London gereist. (Böf. Z.)

— Der Polizeicommissar Siadoux ist abgesetzt worden, weil er am Sonntag auf dem Concordeplatz dem Polizeicommissar nicht beigefallen hat. — 150 Kellner der Ausstellung haben eine Versammlung abgehalten, um über einen Ausstand zu berathen, da sie keine Bezahlung erhalten und nur auf Trinkgelber angewiesen sind. (Fr. Ztg.)

England.

London, 16. Juli. Seit den letzten zehn Tagen — schreibt „Atlas“ in der „World“ — hat die Königin an Hüftweh gelitten. Namentlich Nachts wurden die Schmerzen so stark, daß der Schlaf verfehlt wurde. Einige Nächte war die Königin in der That nicht einmal im Stande, zu Bett zu gehen. Das Ausbleiben des Schlafs hat natürlich große Schwäche verursacht und die Monarchin sieht abgemattet aus. Dennoch unternimmt sie während des Tages ihre Spazierfahrten und wickelt die ihr obliegenden Staatsgeschäfte ab.

— Der deutsche Kaiser hat dem Flaggen-Lieutenant des Admirals Fremantle, des Befehlshabers des britischen ostafrikanischen Geschwaders, Walter, in Anerkennung des von ihm dem am 4. Januar zwischen Dar-es-Salaam und Bagamoyo gekrandeten deutschen Kanonenboot „Schwalbe“ geleisteten Beistandes sein Bildniß mit eigenhändiger Namenszeichnung geschenkt. Ein Schreiben des Kaisers spricht dem englischen Marineoffizier den wärmsten Dank für dessen unter äußerst schwierigen Umständen geleistete werthvolle Dienste aus.

* Die Bemerkungen der „Daily News“ über das Fest der Boulangeristen am letzten Sonntag sind recht scharf gehalten: „Die Rundgebung sollte eigentlich jede Feindseligkeit gegen den selben derselben entziehen. Eine unendlich lange Reihe von Fischen war aufgestellt für das „Banquet“, bezüglich der Gasse herrschte aber eine unendliche Leere. Nur 400 Herren setzten sich zum Mahle nieder, wo es Taubenpapieten gab für 800. Nach dem Essen wurde dann die französische Regierung geröthlich in Gegenwart der Ausländer geschmäht, welche doch schließlich die Regierung der Herren ist. Man sollte die schmutzigen Wäsche zu Hause waschen. Kein Engländer würde irgend eine französische Regierung als Bande von Schwindlern und preußischen Spionen bezeichnen, und bei aller Achtung vor dem Altsprecht scheint es doch nicht recht gemeinend, daß Franzosen selbst so etwas sagen. Widerlich war es, daß der General der englischen Regierung für seine Aufnahme seinen Dank aussprach. Warum nicht noch einen Schritt weiter gehen und den Bischöfen und der Geistlichkeit Dank für den Trost ihrer Gebete abtrotzen.“

Italien.

P. V. C. [Paolo Garpi-Denkmal.] Raum waren die Feierlichkeiten auf dem Campo di Fiore in Rom zu Ende, so kam schon aus Venedig die Nachricht, daß der dortige Gemeinderath beschloffen

hat, dem „Protestant unter der Mönchskutte“ Paolo Garpi in der Saguenastadt ein Denkmal zu errichten. Garpi ist wie Giordano Bruno ein Sohn des sechzehnten Jahrhunderts, und wie der große Philosoph dem Dominikaner-Orden, so gehörte der venezianische freisinnige Theolog und Staatsmann dem Serviten-Orden an. In dem Streit, welcher im Jahre 1606 zwischen dem Papst Paul V. und der Republik Venedig entbrannt war, einem „Culturkampf“ der erbittertesten Art, hat Garpi sich als Staatsrath die allergrößten Verdienste um sein Vaterland erworben. Er schrieb Meisterwerke feinsinniger und scharfster Polemik gegen den Jesuitismus, die man Pascals Provinzialbriefen an die Seite gestellt hat, und es gelang ihm, die öffentliche Meinung Europas, von welcher die Entscheidung des Kampfes abhing, für das gute Recht der Republik gegen den verblendeten Pontifex, der den Staat mit dem Interdict belegt hatte, zu gewinnen. Im folgenden Jahre mußte der Papst seinen Bannfluch zurücknehmen, ohne daß die stolze Republik um Absolution gebeten hätte. Auf den kühnen Theologen, dem Rom diese Niederlage vor allem zu danken hatte, wurde zwar in demselben Jahre ein Mordanschlag verübt, aber obwohl er schwer getroffen war, wurde er doch dem Leben noch erhalten. Er wandte sich jetzt historischen Arbeiten zu und schrieb sein Lebenswerk, die „Geschichte des Tridentiner Concils“, das in alle wichtigeren europäischen Sprachen übersetzt wurde und noch heute für die Geschichtsforschung unentbehrlich ist, ein Buch „voll Scharf gegen die Päpste, denen Garpi nur das Schlechteste zutraut, mit kühnem Scharfsinn und hoher Darstellungsgabe“. Was Garpi's kirchliche Stellung betrifft, so ist er nicht etwa aus der katholischen Kirche ausgetreten, aber in seinen vertraulichen Briefen macht er keinen Hehl aus seiner Sympathie für die protestantischen Kirchen, wie er denn auch mit den bedeutendsten religiös-freisinnigen Männern Italiens und Frankreichs freundschaftlichen Verkehr pflog.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Juli. Die Prinzessin Augusta, Schwester der Königin, ist in der vergangenen Nacht um 12 1/2 Uhr gestorben. Sie war am 30. Oktober 1823 geboren, als Tochter des im Jahre 1867 verstorbenen Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel und dessen Gemahlin Luise Charlotte von Dänemark. Seit dem 1. Juni 1854 war dieselbe mit dem Baron v. Bligen-Tineke, Herrn zu Näsbyholm, Stammherrn zu Dallums vermählt.

Belgien.

Brüssel, 17. Juli. Deputirtenkammer. Der Finanzminister brachte einen Gesetzentwurf ein, wonach alle Detail-Verkaufsstellen von geistlichen Getränken, die seit dem Juli d. J. eröffnet wurden, einen Erlaubnißschein haben müssen.

Rußland.

□ Petersburg, 17. Juli. In Romny hat am 14. Juli eine gewaltige Feuersbrunst den großen kaufmännischen Bazar größten Theils zerstört. 22 Geschäftsläden brannten aus. Der Schaden beträgt 600 000 Rubel.

Von der Marine.

* Durch kaiserl. Cabinetsordre vom 8. Juli sind in Anerkennung der durch die Landungsabtheilungen der Kreuzerregate „Ceipig“, Kreuzerregate „Carola“ und Kreuzer „Schwalbe“ am 8. Mai d. J. bewirkten Erstürmung des Lagers Buchichis bei Bagamoyo in Ostafrika folgende Auszeichnungen verliehen worden:

1) Von der Kreuzerregate „Ceipig“: dem Lieut. z. S. Cöhler der Kronen-Ordn. 4. Klasse mit Schwertern, dem Oberbootsmannsmaat Wenjass, dem Bootsmannsmaat Sam, dem Ober-Legationsthegehilfen Scharfe, dem Feuerwerksmaat Wänsche, den Ober-Steuermannsgehilfen Taddag und Pauli, dem Obermatrosen Cast, sowie den Matrosen Muff und Weichner das Militär-Ehrenzeichen 2. Klasse. 2) Von der Kreuzerregate „Carola“: dem Capitän-Lieutenant Bräker und dem Stabsarzt Dr. Weiß der Kronen-Ordn. 4. Klasse mit Schwertern, den Lieutenants z. S. Brinkmann und Roth L. der Kronen-Ordn. 4. Klasse mit Schwertern, dem Ober-Bootsmannsmaat Liebold, dem Bootsmannsmaat Werner, dem Feuerwerksmaat Melzer, dem Obermatrosen Heintz und dem Matrosen Zunkowski das Militär-Ehrenzeichen 2. Klasse. 3) Vom Kreuzer „Schwalbe“: dem Capitän-Lieut. v. d. Gröben der Kronen-Ordn. 4. Klasse mit Schwertern, dem Assistenten z. S. Dr. Arendt der Kronen-Ordn. 4. Klasse mit Schwertern, den Boatsmannsmaaten Boigt und Wallig, dem Steuermannsmaat Braack, dem Obermatrosen Puhlmann sowie den Matrosen Alebba und Daniels das Militär-Ehrenzeichen 2. Klasse.

* Die Bauentwürfe für die neuen großen Panzerschiffe sind, wie man dem „Berl. Actionär“ mittheilt, jetzt seitens der Admiralität endgültig festgestellt worden, so daß nunmehr die in Betracht kommenden Schiffsbau-Anstalten in den Wettbewerb eintreten können.

* Die beiden Panzergeschwader befinden sich jetzt Sonaband vor Wilhelmshaven. Am 18. Juli sollen jedoch die Geschwader wieder in See gehen, zunächst in der Nordsee und dann bei Kiel ihre Übungen fortsetzen. Die Torpedobootsflotte hält zur Zeit an der pommerschen Küste in der Nähe von Heringsdorf Übungen ab. Das Schiffsjungen-Übungsschiff „Rover“ ist zu etwa 14 tägigem Aufenthalt in Swinemünde eingetroffen. Von dort kommt es direct nach Neufahrwasser.

* Kiel, 16. Juli. Der „Arenu“-Zeitung schreibt man von hier: Eine angebliche Befehls-Affäre macht in Marine-Kreisen großes Aufsehen. Auf telegraphische Requisition aus Berlin wurde Abends ein Schiffsbau-Ober-Ingenieur in einem feineren Restaurant hieselbst durch zwei Criminalbeamte verhaftet und am nächsten Morgen mit dem ersten Zuge nach Berlin gebracht. Die Vortheile, welche derselbe für die Verletzung seiner Amtspflicht von Lieferanten angenommen haben soll, werden als sehr bedeutende bezeichnet.

* Die Kreuzer-Corvette „Alexandrine“ (Commandant Corvetten-Capitän v. Prittwitz und Caffron) beabsichtigt am 24. Juli d. J. von Söndern aus die Weiterreise fortzusetzen.

Danzig, 18. Juli.

Am 19. Juli: S.-A. 353. S.-U. 8.18. M.-A. 11.31. M.-U. bei Tage. (Cehites Bierel.)

Wetterausichten für Freitag, 19. Juli, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wandernde Wolken, sonnig, warm und schwül; zum Theil bezogen und Regen bei Neigung zu Gewittern. Schwache bis frische Winde. Nebel-dunst an den Küsten.

Sonnabend, 20. Juli:

Theils sonnig und heiter, veränderlich wolkg,

theils bedeckt mit Regen. Normale Wärme; vielfach frische bis starke, kühle Winde. Stellenweise Gewitter.

* [Bedrohlicher Brand.] Heute Vormittag gegen 10 Uhr schickte Herr Kaufmann v. Kolbow seinen Lehrling in seinen Speicher, um einige Gegenstände zu holen. Derselbe warf unvorsichtiger Weise ein brennendes Streichholz bei Seite, welches in einen Ballon Aienöl fiel und denselben in Brand setzte. Das Feuer griff in dem mit leicht brennenden Stoffen gefüllten Speicher sehr rasch um sich, so daß bald ein dichter Qualm aufstieg. Kurze Zeit darauf traf die Feuerwehr an der Brandstelle ein und gab aus 3 Hydranten und 3 Druckwerken Wasser auf das brennende Gebäude, welchem sich in Folge des starken Rauches niemand nähern konnte. Ferner hatte die Gießerei-Fabrik an ihre Dampfpumpe einen Schlauch angeschlossen und gab mit voller Dampfkraft Wasser. Zwar pläzte der Schlauch in Folge des starken Druckes einige Male, doch der Schaden wurde stets rasch wieder ausgebeßert und die Dampfspritze trug wesentlich dazu bei, daß, trotz des heftigen Windes, das Feuer nicht weiter um sich griff. Die Bewohner der Nachbarhäuser waren durch die starken Rauchmassen, welche sich sehr rasch entwickelten, so in Schrecken versetzt, daß sie trotz des Abmahns des Herrn Brand-director Bode ihre Sachen auf die Straße brachten und an einigen Stellen sogar durch die Fenster warfen. Es gelang schließlich der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken, so daß die Umfassungsmauern des Speichers stehen geblieben sind. Der Dachstuhl ist nieder- und der Speicher, in dessen oberen Räumen viele leere Fasseten aufbewahrt wurden, vollständig ausgebrannt. Gegen 12 Uhr konnte die Feuerwehr unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abrücken.

* [Pensionierung.] Herr Pfarrer Mundt zu Käsemark im Danziger Werder, welcher das dortige evangelische Pfarramt seit 38 1/2 Jahren verwaltet, hat wegen hohen Alters seine Pensionierung in den Ruhestand zum 1. Oktober beantragt. Die Neubefehung der Stelle geschieht durch den Magistrat zu Danzig als Patron der Kirche.

* [Verein der Gastwirthe.] Am 16. d. hielt der Verein unter reger Theilnahme von Mitgliebrern, deren Damen und Gassen sein erstes diesjähriges Sommervergnügen in Heubude im Speichergäßchen ab. Die Abfahrt von Danzig mit geschmücktem Dampfer und Musik erfolgte um 2 1/2 Uhr vom Grünen Thore. In Heubude zog man mit Musik nach dem Speichergäßchen; dort wurde zunächst bei Concertmusik der Kaffee eingenommen und dann um 5 Uhr nach dem Walde gezogen, wo diverse Spiele für Kinder mit Präsenzen-Vertheilung, Auszeichnungen von Prämien für Damen mittels Bläserorch. und für Herren mit der Büchse arrangirt wurden. Um 8 1/2 Uhr sollte eine allgemeine Condbefahrt auf dem See bei bengalischer Beleuchtung stattfinden, die aber der Regen vereitelte. Bei dem Abendsessen fand eine Sammlung für die Theodor Müller-Giftung für invalide, durch treue Dienste ausgezeichnete Gehilfen des Gastwirthsstandes statt, welche 12,60 Mk. ergab. Um 12 1/2 Uhr wurde die Rückfahrt nach Danzig unter Musikbegleitung per Dampfer angetreten.

* [Neuer Dampfer.] Von den Herren Gebr. Habermann ist jetzt der auf der Altmittler'schen Werft neu erbaute größere Dampfer „Merkur“ zur Personen- und Güterbeförderung auf den Binnengewässern in Dienst gestellt worden.

* [Geldfisches Leihamt.] Bei der heute gehaltenen Monatsrevision betrug der Pfänderbestand 28 127 Stück, beliehen mit 228 654 Mk. (gegen 28 010 Pfänder, beliehen mit 227 226 Mk., Mitte Juni d. J.).

* [Polizeibericht vom 18. Juli.] Verhaftet: 2 Drahtbinder wegen Gewerbe-Contravention, 1 Bettler, 2 Obdachlose, 6 Dirnen. — Gestohlen: Ein brauner mit Segeltuch bezogener Koffer, enthaltend 2 dunkle Röcke, 1 Hufe, 4 Hemden ge. F. J., 1 Taschentuch ge. F. J., 1 Revolver, 1 Paar braune Glace-Handschuhe, 3 Paar Strümpfe, 4 Dornen und Aragen; 1 Portemonnaie enthaltend 3 Mk. und 2 zusammengehaltene goldene Trauringe ge. C. M. und S. S. 22. April 1882, 1 schwarzer Stoffanug, 1 braunkarrirte Hufe, 1 Weste, 1 schwarzer Filzhut. — Gefunden: 1 Oberleder zu einem Schuh, 1 Portemonnaie mit Inhalt; abgehoben von der Polizei-Direction.

* [Sopplot, 18. Juli.] Unser Sommertheater magte gestern zum ersten Male einen Schritt in die große Alltagswerthlässe der dramatischen Kunst. Wir wollen nicht sagen, einen „Kühnen“, denn seine bisherigen Leistungen bannen es keineswegs in die muntere Halle Thalias. Daß man gestern aber besonders glücklich war, indem man die Stufen zu dem Tempel des ersten Dramas emporstiegt, kann füglich bezweifelt werden. Befuglich schien wenigstens den meisten Darstellern bei diesem Scenenwechsel nicht zu Muth zu sein. Doch es galt, einem von allen Seiten sympathisch begrüßten Gast die erwünschte Gelegenheit zur Vorführung eines Charakters von entzückenden hochdramatischen Gepräge zu geben, wofür das Repertoire eines Sommertheaters allerdings manche beengende Schranke aufrichtet. So hatte man für das erste Gastspiel der hgl. Hofschauspielerin Frä. Marie Hoch aus Berlin die für solche Zwecke häufig benutzte „Walze aus Comodo“ gewählt, in welcher selbstverständlich die Titelfigur, die Jane Eyre von Frä. Hoch gespielt wurde. Die Darstellerin — von vornherein lebhaft und nach dem Vorspiel mit zahlreichen Blumenpenden begrüßt — zeichnete den eigenartigen Charakter der in Sack und Verfolgung aufgewachsenen Walze von Anfang an in scharfer Beleuchtung und wußte namentlich die jähren Uebergänge von kindlicher Sanft- und erzwungener Demuth zu höchster Leidenschaft meisterhaft zum Ausdruck zu bringen. Im weiteren Verlauf der Aufführung waren wir zwar über die selbst für den Affect — und noch dazu auf dieser kleinen Bühne — einzuhaltende Linie mit der Künstlerin nicht immer, insbesondere bei der Nachscene, im Einverständniß, gleichwohl müssen wir anerkennen, daß die Gefühlsaiten des tief angelegten Mädchens in dieser Darstellung frisch und natürlich wiederklängen, der Darstellerin eine eminente dramatische Gestaltungskraft innewohnt, die vielleicht nur in dem Rahmen, in welchem Frä. Hoch sich gestern bewegen mußte, zu scharf plastisch, zu grell hervortritt. Der zweite Theil des Blick-Pfeifferschen Gouvernanten-Dramas, Lord Rochester, war Frä. Connarb jugendlich. Letzterer spielte die Rolle nicht nur der Noth, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, denn so Verdienstvolles wir sonst meistens von ihm zu verzeichnen hatten, diesmal ließ ihn seine feine Charakterisierungs-gabe vollständig im Stich; sein Rochester schien sich noch immer in Westindien zu befinden, war viel zu sehr rauher Potterer, um uns die Sonderlings-natur Frä. Herrlichkeit wahrheitsähnlich zu machen. Von den übrigen Figuren des Stücks sind nur wenige hervortretend, sie fanden in Frau Müller-Borchert, Fräul. Bagener, Fräulein Fritsch, Herren Nordes und Hermanns entsprechende Vertretung. — Der gestrige Bazar des Vaterländischen Frauen-Vereins zum Beften der Armen Sopplots wurde erfreulicher Weise lebhaft besucht. An allen Verkaufsständen ging es wieder recht geschäftig zu, namentlich erfreute sich die Würfelhalle und noch mehr das Buffet, welches reich ausgestattet war, guten Zuspruches. Nur wenig Sachen blieben un verkauft und wurden für die um 9 Uhr beginnende Auction zurückgestellt, in welcher sie dann auch sämtlich ihre Käufer fanden. Die Brutto-einnahme betrug 1015 Mk. (gegen 1475 Mk. im Vor-jahre). — Für die am 28. d. Mts. hier stattfindende Segelregatta hat sich jetzt ein Localcomité gebildet und die nöthigen vorbereitenden Schritte gethan. — Die

